

### **A3 Finanzkriminalität endlich einen Riegel vorschieben: Wirecard-Skandal auch in Bayern konsequent aufklären**

Antragsteller\*in:           Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt),  
  Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt)

1       Es ist einer der größten Finanzskandale in der Geschichte der Bundesrepublik:  
2       Der ehemalige DAX-Konzern Wirecard mit Hauptsitz im oberbayerischen Aschheim bei  
3       München hat mutmaßlich über Jahre seine Bilanzen gefälscht und Geldwäsche in  
4       großem Stil betrieben. Angebliche Bankguthaben des Konzerns auf den Philippinen  
5       in Höhe von 1,9 Mrd. Euro – fast ein Drittel der Bilanzsumme – existieren nicht.  
6       Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachtes auf Betrug, Untreue,  
7       Bilanzfälschung, Marktmanipulation und Geldwäsche. Das Unternehmen hat Insolvenz  
8       angemeldet und kostet damit auch Tausenden Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Der  
9       Schaden ist immens, nicht nur für den Finanzplatz Deutschland, sondern auch für  
10      die Investor\*innen, darunter viele Kleinanleger\*innen, die mehrere Milliarden  
11      Euro verloren haben. Dabei gab es spätestens seit 2015 klare Hinweise auf die  
12      kriminellen Machenschaften der Wirecard AG. Die zuständigen staatlichen  
13      Aufsichtsbehörden von Bund und Bayern haben allen Zeichen zum Trotz nicht  
14      eingegriffen, auch die zuständigen Wirtschaftsprüfer\*innen sind ihrer Pflicht  
15      offenbar äußerst mangelhaft nachgegangen. Und auch die Deutsche Börse ist ihrer  
16      Aufsichtspflicht nicht ausreichend nachgekommen : sie ließ Aktien einer Firma  
17      handeln, deren Bilanzen gefälscht waren und die gegen die zum Schutze besonders  
18      von Kleinanleger\*innen geltenden Transparenzregeln verstieß<sup>[1]</sup>. Die Aktien vom  
19      Markt genommen oder das Versäumnis publik gemacht hat die Deutsche Börse  
20      unerklärlicherweise aber nicht.

21      Die zwei Sondersitzungen des Finanzausschusses des Bundestags in der  
22      parlamentarischen Sommerpause lassen grobe Zweifel am Aufklärungswillen der  
23      Bundesregierung und haben deutlich gemacht: Die Bundesregierung erkennt ihre  
24      Verantwortung in dem Skandal nicht an. Deswegen haben wir Grüne auf Bundesebene  
25      gemeinsam mit FDP und Linken einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss  
26      eingesetzt, der seine Arbeit bereits [im Herbst] aufgenommen hat. Er soll  
27      klären, an welchen Stellen die staatlichen Aufsichtsbehörden und die  
28      Wirtschaftsprüfung versagt haben, und welche Rolle Lobbyismus und  
29      geheimdienstliche Interessen gespielt haben. Neben der Sachaufklärung soll er  
30      weiteren Reformbedarf offenlegen. Klar ist schon jetzt: Eine Reform der  
31      deutschen Finanzaufsicht und der Wirtschaftsprüfungspraxis ist längst  
32      überfällig.

33 Auch in Bayern übernimmt die Söder-Regierung trotz deutlicher Verfehlungen keine  
34 Verantwortung. Dabei ist die Rolle der bayerischen Staatsregierung, der  
35 bayerischen Behörden und einiger CSU-Politiker\*innen höchst  
36 aufklärungsbedürftig. Denn der Wirecard-Skandal offenbart nicht nur die  
37 Wegschau-Mentalität der Söder-Regierung besonders im Bereich der Finanz- und  
38 Wirtschaftskriminalität und den verantwortungslosen Umgang mit der  
39 Geldwäscheaufsicht über Wirecard. Er zeigt auch ein äußerst bedenkliches  
40 Lobbyismusverständnis sowohl von ehemaligen CSU-Staatsminister\*innen und CSU-  
41 Staatssekretär\*innen als auch der bayerischen Staatsregierung und des  
42 Bundeskanzleramts.

43 Wir sorgen dafür, dass die Söder-Regierung endlich ihren Teil der Verantwortung  
44 für den Wirecard-Skandal übernimmt und ihre Rolle in dem Skandal lückenlos und  
45 mit höchster Transparenz aufarbeitet! Die Regierung hat bei seinem ehemaligen  
46 Vorzeige-FinTec-Unternehmen mindestens ein Auge zugedrückt. Das muss  
47 Konsequenzen haben. Zudem wollen wir, dass die bayerische Staatsregierung die  
48 Lehren aus dem Wirecard-Skandal zieht und Bayern seinen Ruf als ein  
49 Schlaraffenland für Wirtschaftskriminelle endlich und ein für alle Mal loswird!

50 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern fordern:

51 **1. Lückenlose und transparente Aufklärung des Wirecard-Skandals und allen**  
52 **Verbindungen der Staatsregierung zum Konzern!**

53 **2. Massive Aufstockung des Personals in der Justiz, besonders bei der**  
54 **Schwerpunkt-Bearbeitung Finanzkriminalität, um die umfassende Aufklärung zu**  
55 **ermöglichen!**

56 Obwohl seit 2010 regelmäßig Strafanzeigen gegen Wirecard wegen des Verdachts auf  
57 Geldwäsche, Betrug und Untreue eingingen und es darüber hinaus auch  
58 Verdachtsmeldungen über die Bundes-Finanzkriminalitätseinheit FIU an bayerische  
59 Behörden zu Wirecard gab, sind die Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft  
60 versandet. Es kam bisher weder zu einer Hauptverhandlung noch zu einem Urteil.  
61 Stattdessen hat man Verfahren gegen Journalist\*innen eröffnet, die dem  
62 Riesenbetrug von Wirecard auf die Spur gekommen waren. Die bayerische Justiz  
63 muss nun dringend und umfassend jeden Verdacht ausräumen, den Strafanzeigen  
64 nicht ausreichend nachgegangen zu sein. Dafür werden wir die Justiz mit deutlich  
65 mehr Personal und finanziellen Mitteln ausstatten.

66 **3. Kurzfristig mehr Ressourcen für die Geldwäsche-Aufsicht im Freistaat**  
67 **einsetzen und mittelfristiges Hinwirken auf der Überführung der Geldwäsche-**  
68 **Aufsicht in die Bundeszuständigkeit!**

69 Das zuständige bayerische Innenministerium hat die Vorwürfe gegen Wirecard  
70

71 durchweg ignoriert und sich über Jahre nicht mit der Frage beschäftigt, ob die  
72 Bezirksregierung Niederbayern als ihre Behörde für die Aufsicht über die  
73 Wirecard AG zuständig ist – trotz den regelmäßigen Ermittlungen und Vorwürfen  
74 wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Obwohl die Frage der Zuständigkeit vom  
75 prüfenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen schon Anfang 2020 aufgebracht worden  
76 war, schaltete sich das bayerische Innenministerium erst im Juni 2020 ein. Die  
77 einzige Amtshandlung des bayerischen Innenministeriums bestand aber darin, die  
78 Verantwortung für den Fall abzuschieben. Denn das bayerische Innenministerium  
79 sprach der Bezirksregierung Niederbayern ausgerechnet am 25. Juni 2020 – der  
80 Tag, an dem Wirecard Insolvenz angemeldet hatte – in einer ad-hoc-Entscheidung  
81 entgegen deren monatelanger Überzeugung die Zuständigkeit als  
82 Geldwäschepräventionsbehörde für die Wirecard AG ab. Von Aufklärungswillen oder  
83 aktiver Problembekämpfung: keine Spur! Die Regierung Söder wollte offensichtlich  
84 nur den Skandal-Sumpf weitestmöglich von sich fernhalten. Die Folge: Eine  
85 Geldwäschaufsicht für das Gesamtunternehmen Wirecard AG existierte zu keiner  
Zeit.

86 Es ist kein Geheimnis, dass Bayern als Steuer- und Unternehmensparadies in  
87 Deutschland gilt. Denn die bayerische Staatsregierung hat die zuständigen  
88 Landesbehörden bei der Geldwäschaufsicht jahrelang und strukturell  
89 vernachlässigt und sträflich schlecht ausgestattet – personell und technisch.  
90 Die Überforderung der bayerischen Behörden mit der Geldwäschaufsicht überrascht  
91 also nicht, die Ignoranz der Söder-Regierung bei Finanz- und  
92 Wirtschaftskriminalität hingegen schockiert. Bei gerade mal 13,3 Personalstellen  
93 für die gesamte Geldwäscheprävention im bayerischen Nichtbankensektor ist die  
94 funktionierende Aufsicht für global handelnde Konzerne nicht möglich und öffnet  
95 Tür und Tor für kriminelle Machenschaften mit volkswirtschaftlichen Schäden in  
96 Milliarden-Höhe! Nur aus diesem Grund war es möglich, dass ein DAX 30-Konzern in  
97 Bayern, dessen Bilanzsumme im Milliarden-Bereich lag und mit dem man sich im  
98 Rahmen staatlicher Sponsoring-Verträge der Öffentlichkeit präsentierte und der  
99 für Milliarden Euros an Transaktionen zuständig war, die dazu noch aus  
100 Hochrisiko-Geldwäscherbereichen wie Glücksspiel kamen, keiner einzigen Geldwäsche-  
101 Prüfung unterzogen wurde! Die GRÜNEN fordern als Konsequenz aus dem Wirecard-  
102 Skandal eine Umstrukturierung der Geldwäschaufsicht in Bayern. Die zuständigen  
103 Landesbehörden müssen endlich eine schlagkräftige Einheit werden, die ihren  
104 Aufgaben mit vollem Engagement nachgehen können. Die Geldwäschaufsicht muss  
105 finanziell besser ausgestattet und das Personal deutlich aufgestockt werden. Für  
106 eine effektive Geldwäscheprävention führt kein Weg an einer vereinheitlichten  
107 Aufsicht vorbei. Mittelfristig wollen wir sie deshalb in die Bundeszuständigkeit  
108 überführen, wie es in der Vergangenheit bereits diskutiert und von den Ländern  
109 vorgeschlagen wurde.

110 **4. Einführung eines Lobbyregisters im Bayerischen Landtag und Einsatz im**  
111 **Bundesrat für ein Lobbyregister im Bundestag!**

112 Allen voran Karl-Theodor zu Guttenberg und Klaus-Dieter Fritsche haben ihre

113 Lobbytätigkeiten auf äußerst dilettantische Weise betrieben und offenbar ihre  
114 alten Kontakte im Kanzleramt genutzt, um Wirecard Gesprächstermine zu  
115 verschaffen. Offensichtlich auch in Bayern mit Erfolg. Brisant ist dabei nicht  
116 nur, dass ausgerechnet Fritsche als ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung  
117 für die Nachrichtendienste und Berater des damaligen österreichischen  
118 Innenministers Herbert Kickl von der rechtspopulistischen FPÖ erfolgreich für  
119 Wirecard lobbyierte. Pikant ist auch, dass das Kanzleramt Anfang September 2019,  
120 also unmittelbar nach dem Einsatz des CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg  
121 für das Unternehmen, fleißig in China für Wirecard geworben hatte – obwohl im  
122 Bundesfinanzministerium bereits seit Februar 2019 bekannt war, dass die  
123 Finanzaufsichtsbehörde Bafin dem Verdacht auf Marktmanipulation bei Wirecard  
124 nachgeht.

125 Der Skandal um Wirecard beweist ein weiteres Mal: Lobbyismus darf sich nicht im  
126 Verborgenen abspielen. Deswegen fordern die Bayerischen GRÜNEN nicht nur mit  
127 großem Nachdruck, dass die bayerische Staatsregierung alle Kontakte,  
128 Kooperationen und Verbindungen mit dem Unternehmen offenlegt. Wir werden auch  
129 dafür sorgen, dass sowohl in Bayern als auch auf Bundesebene endlich  
130 Lobbyregister eingeführt werden. Politisches Handeln und Entscheidungen müssen  
131 transparent sein. Einflussnahme und Korruption können wir nur dann verhindern,  
132 wenn für uns alle einsehbar ist, welche Lobbyist\*innen wann und welche  
133 Regierungsvertreter\*innen und Abgeordnete aufsuchen und mit wessen Auftrag sie  
134 welche Ziele verfolgen.

135 [\[1\]](#) Wirecard legte seinen Jahresbericht zu spät vor.

### **Unterstützer\*innen**

Andrea Leitermann (KV Cham), Benjamin Sertl (KV Tirschenreuth), Stefan Haas (KV  
Neumarkt), Nicolai Bube (KV Regensburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt),  
Stephan Fürnrohr (KV Regensburg-Land), Georg Neumann (KV Tirschenreuth), Hermann  
Scharl (KV Neustadt-Waldnaab), Christine Garibasch (KV Neumarkt), Frank Leitner (KV  
Fürth-Stadt), Susanne Herrmann (KV München), Hanna Rauh (KV Neustadt-Waldnaab),  
Judith Bogner (KV Mühldorf), Eike Hallitzky (KV Passau-Land), Michael Kapinsky (KV  
Regensburg-Land), Ingrid Hauptmann (KV Weilheim-Schongau), Katharina Sparrer (KV  
Ansbach), Dieter Schiefer (KV Erlangen-Land), Fabian Neuser (KV Tirschenreuth),  
Angelica Schieder (KV Landshut-Stadt), Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land), Ingo  
Werner (KV Landsberg-Lech), Adelheid Horneber (KV Ansbach), Heidi von Varendorff (KV  
Landsberg-Lech), Clara Weißenfels (KV München), Heidi Reiser (KV Landsberg-Lech),  
Victor Behrends (KV Bamberg-Land), Hermann Maier (KV Ebersberg)